

Zimmermann, Klaus F.; Wittenberg, Erich

**Article**

## Eine Politik, die unklar ist und auf Dauer schädlich: Sieben Fragen an Klaus F. Zimmermann

DIW Wochenbericht

**Provided in Cooperation with:**

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Zimmermann, Klaus F.; Wittenberg, Erich (2009) : Eine Politik, die unklar ist und auf Dauer schädlich: Sieben Fragen an Klaus F. Zimmermann, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 76, Iss. 26, pp. 423

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/151805>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Sieben Fragen an Klaus F. Zimmermann

### „Eine Politik, die unklar ist und auf Dauer schädlich“



Prof. Dr.  
Klaus F. Zimmermann,  
Präsident des DIW Berlin

**Herr Professor Zimmermann, Deutschland hat seinen Arbeitsmarkt nicht unmittelbar für Immigranten aus den neuen EU-Mitgliedstaaten geöffnet. Es wurden negative Folgen für den heimischen Arbeitsmarkt und den Sozialstaat befürchtet – war das berechtigt?**

Diese Befürchtungen haben sich als völlig falsch erwiesen, das Gegenteil ist der Fall. Die Länder, die sich früh geöffnet haben, haben auch am ehesten profitiert.

**Welche Folgen hat diese Politik der Abschottung in Deutschland?**

Zunächst hatte man gedacht, man würde durch die Einschränkung der Freizügigkeit die Zuflüsse aus den Beitrittsländern reduzieren. Das Gegenteil ist eingetreten. Es sind nur nicht die Leute gekommen, die für den Arbeitsmarkt nützlich sind, im Gegenteil: Das Bildungsniveau der Zuwanderer hat sich verschlechtert, und es sind überwiegend Geringqualifizierte, die aus vielen Gründen und zum Teil aus diffusen Kanälen kommen.

**Wie hat sich die Zahl der Immigranten aus den Beitrittsländern in die alten EU-Länder insgesamt entwickelt?**

Es hat sich ein deutlicher Zufluss ereignet, aber er ging primär in die Länder, die deutlich für eine Öffnung plädierten. Das sind insbesondere Irland und England. Insgesamt ist das Qualifikationsniveau der Zuwanderer gestiegen. Die Zuwanderer aus Osteuropa sind deutlich arbeitsmarktnäher, sie sind in höherem Maße bereit, Arbeit aufzunehmen und sie erfüllen häufig die Bedürfnisse, die die lokalen Arbeitsmärkte benötigen.

**Könnte Deutschland profitieren, wenn es sich mehr öffnet?**

Deutschland müsste ein klares Signal abgeben, dass das Land insbesondere für Fachkräfte offen ist. Im Augenblick besteht das Gefühl einer Politik der geschlossenen Türen. Wir brauchen mittelfristig dringend Fachkräfte. Fachkräfte wandern nicht von jetzt auf nachher, sondern

sie wandern in wohl definierte Zielländer, die eine entsprechende Reputation aufgebaut haben. Es kommt also darauf an, frühzeitig Signale zu setzen.

**Haben die Herkunftsländer unter der Abwanderung von Arbeitskräften zu leiden?**

Die Belastungen durch Abwanderung in den Sendeländern sind sehr beschränkt, weil es dort ein Überangebot an Arbeitskräften gibt. In Polen etwa sind es insbesondere Qualifizierte aus den ländlichen Räumen, die in den Städten gar keine Arbeit gefunden hätten. Zum anderen sind die Menschen heutzutage nur temporäre Wanderer. Sie kehren saisonal bedingt oder auch mittelfristig, wenn die Konjunktur sich wieder verschlechtert, in ihre Heimatländer zurück und gehen dem Arbeitsmarkt dort nicht dauerhaft verloren.

Exportieren wollen, aber den Arbeitsmarkt geschlossen halten – das macht keinen Sinn.

**Die Bundesregierung will weiterhin von der Übergangsregelung zur eingeschränkten Freizügigkeit für Zuwanderer aus den neuen EU-Mitgliedstaaten Gebrauch machen. Halten Sie das für die richtige Maßnahme?**

Die Übergangsregelungen sind ein Fehler und es wäre besser, sie jetzt zu beenden. Man kann nicht eine Doppelstrategie fahren. Offensichtlich will man einerseits global geschlossen bleiben, andererseits will man heimlich, still und leise die Arbeitsmärkte für Hochschulabsolventen öffnen. Das gilt seit Januar dieses Jahres, aber darüber spricht niemand. Das Signal der Schließung ist das, was bleibt und insofern treibt man eine Politik, die unklar und auf Dauer schädlich ist.

**Wie sollte die deutsche Politik auf die Situation reagieren?**

Es wäre sinnvoll gewesen, von Anfang an voranzugehen und die Arbeitsmärkte komplett zu öffnen. Es macht keinen Sinn, als außenhandelsorientiertes Land zwar exportieren zu wollen, sich aber am Arbeitsmarkt geschlossen zu halten. Das Gegenteil ist besser, auch in der jetzigen kritischen wirtschaftlichen Lage.

Das Gespräch führte  
Erich Wittenberg.  
Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf [www.diw.de](http://www.diw.de)

**Impressum**

DIW Berlin  
Mohrenstraße 58  
10117 Berlin  
Tel. +49-30-897 89-0  
Fax +49-30-897 89-200

**Herausgeber**

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann  
(Präsident)  
Prof. Dr. Tilman Brück  
Dr. habil. Christian Dreger  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Prof. Dr. Alexander Kritikos  
Prof. Dr. Viktor Steiner  
Prof. Dr. Gert G. Wagner  
Prof. Dr. Christian Wey

**Chefredation**

Kurt Geppert  
Carel Mohn

**Redaktion**

Tobias Hanraths  
PD Dr. Elke Holst  
Susanne Marcus  
Manfred Schmidt

**Pressestelle**

Renate Bogdanovic  
Tel. +49 – 30 – 89789–249  
presse@diw.de

**Vertrieb**

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 7477649  
Offenburg  
leserservice@diw.de  
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent/min.  
Reklamationen können nur innerhalb  
von vier Wochen nach Erscheinen des  
Wochenberichts angenommen werden;  
danach wird der Heftpreis berechnet.

**Bezugspreis**

Jahrgang Euro 180,-  
Einzelheft Euro 7,-  
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer  
und Versandkosten)  
Abbestellungen von Abonnements  
spätestens 6 Wochen vor Jahresende  
ISSN 0012-1304  
Bestellung unter leserservice@diw.de

**Satz**

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

**Druck**

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –  
auch auszugsweise – nur mit  
Quellenangabe und unter Zusendung  
eines Belegexemplars an die Stabs-  
abteilung Kommunikation des DIW  
Berlin (Kundenservice@diw.de)  
zulässig.

Gedruckt auf  
100 Prozent Recyclingpapier.